

Nationalismus und Imperialismus: Zum Beispiel Nordafrika

Muammar al-Gaddafi

von wegen verrückt! S. 1

Mali

und noch ein Anti-Terror-Krieg S. 7

Südsudan

Ein neuer Staat für Afrika S. 19

Der Islamismus

*Konsequenz, Erbe und Konkurrent eines unzufriedenen
arabischen Nationalismus* S. 26

V.i.S.d.P.
Hannah Holz
Eldenaerstr. 15
10247 Berlin

Muammar al-Gaddafi – von wegen verrückt!

Eine Skizze zur Geschichte seines nationalen Projekts

Über den verblichenen libyschen Diktator war sich die öffentliche Meinung im Westen schon zu seinen Lebenszeiten einig: Das Adjektiv „verrückt“ fiel im Zusammenhang mit ihm ziemlich oft. Doch wenn man den Blick weniger auf seinen Kleidungs geschmack, sondern auf seinen politischen Werdegang richtet, erscheint der Verstorbene in einem etwas anderen Licht. Wer also war Muammar al-Gaddafi?

Westlich ausgebildeter Nationsgründer

Gaddafi gehörte zu einer Generation von arabischen Militärs, die nach dem Ende der Kolonialzeit mit den Verhältnissen in den neu entstandenen Staaten nicht zufrieden waren. Viele dieser Militärs absolvierten eine Ausbildung bei den früheren Kolonialmächten, so z.B. Gaddafi in Großbritannien. Dort konnten sie beobachten, wie erfolgreiche Weltmächte funktionieren: Nämlich als Nationalstaaten mit einem Staatsvolk, welches an seinem Staat interessiert ist und sich selbst für den Staat nützlich macht.

Bei den arabischen Militärs zu Hause, also im Nahen Osten, herrschten hingegen von Kolonisatoren eingesetzte Monarchen über Clans und Stammesverbände, die für ihre Mitglieder viel wichtiger waren als der Gesamtstaat. Die Monarchen gaben sich mit der persönlichen Loyalität der Clan-Führer zufrieden und überließen den ehemaligen Kolonisatoren den Abbau der Rohstoffe gegen Geld, was ihrer persönlichen Bereicherung diente.

Die Offiziere, die im September 1969 den ersten und letzten libyschen König Idris I. stürzten, hatten sich fest vorgenommen, aus den Untertanen patriotische Staatsbürger zu formen. Sie schlossen westliche Militärstützpunkte, enteigneten italienische Grundbesitzer und begannen damit, die Förderung und den Export von Erdöl zu verstaatlichen. War das Erdöl bisher die Grundlage des ausländischen Einflusses in Libyen, sollte es jetzt zum Mittel der nationalen Unabhängigkeit werden.

Der Bevölkerung musste erst einmal beigebracht werden, dass sie jetzt eine li-

bysche Nation sei, in der die einzelnen Clans als Teil des großen Ganzen ihren Platz haben. Der massive Ausbau des Bildungssystems und Alphabetisierungs-offensiven waren nötig, um die Fruchtbarkeit von staatlicher Propaganda und Nationalstaatsprogramm überhaupt zu ermöglichen. Mit den Einnahmen aus dem Ölexport finanzierten die neuen Machthaber einige Maßnahmen zur Instandhaltung ihrer Manövriermasse – des Staatsvolkes: In Afrika war solch ein Verhältnis von einem Staat zu seinen Bürgern tatsächlich etwas Neues. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen auf dem Kontinent, Gesundheitsversorgung und Bildung für größere Teile der Bevölkerung ließen Libyen im vorteilhaften Licht erscheinen – im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten, wo der Staatsapparat den Rest des Staatsvolkes als kaum nützlich ansieht und mit dessen Loyalität nicht rechnet.

Demokratieidealist und Diktator

Zwar übernahm Gaddafi die Macht zusammen mit anderen Militärs, aber im Laufe der siebziger Jahre verdrängte er die Armeeführung von der Macht und wurde zum faktischen Alleinherrscher. Währenddessen löste er sich zunehmend von seinem bisherigen Vorbild, dem ägyptischen Präsidenten Nasser, und entwarf sein eigenes „Sozialismusmodell“. An Stelle von Parteien (genau genommen gab es zuvor nur eine) und Militärregierung sollte die ganz unmittelbare Herrschaft des Volkes treten. Das war seine Konsequenz aus der Analyse anderer Herrschaftsformen: Gaddafi geißelte parlamentarische Demokratie als Betrug. Er kritisierte Parteien und Parlamente für die Verfälschung des „wahren Volkswillens“. Am sowjetischen System wiederum kritisierte der Oberst, dass das die Diktatur einer Klasse sei. Die libysche Alternative sollte lauten: Dschamahirija, die „Herrschaft der Massen“. Eine „echte“ Demokratie könne nur direkt sein, so lautete nun die Parole. Mit seinen pathetischen Hinweisen darauf, dass Volksvertreter in Parlamenten nicht das beschließen, was das Volk wirklich will, sprach er vielen Linken aus dem Herzen. Seine Vorstellung, ein richtig geeintes Volk hätte einen einheitlichen Willen, den eine entschlossene Führung nur noch umsetzen müsse, brachte das faschistische an der Dschamahirija-Staatskonzeption auf den Punkt. Die Pilgerreisenden von links und rechts verbreiteten schwärmerische Berichte über die Einigkeit, die zwischen Volk und Oberstem Revolutionsführer herrschte. Faktisch war es immer noch so, dass für die Entscheidungen Delegierte entsandt wurden, alle Entscheidungen des „Volkskomitees“ allerdings von der „revolutionären Führung“ jederzeit aufgehoben werden konnten und über die Arbeit der „Volkskomitees“ wiederum die

„Revolutionären Komitees“, die nur aus loyalen Kräften bestanden, mit Argusaugen wachten.

Auch Gaddafi beherrschte es – ebenso gut wie die Öffentlichkeit im „freien Westen“ –, jegliche Politik, die ihm nicht passte, formell als „undemokratisch“ anzuklagen. Als Kritiker jeglicher Repräsentanz und Delegation reklamierte er für sich, die vereinigte Stimme des Volkes direkt zu vernehmen. Es war diese Stimme, die ihn über die Jahre zum Weiterherrschen ermunterte. Da aller Volksideologie zum Trotz, in der Bevölkerung allerdings nach wie vor politische und ökonomische Interessenskonflikte produziert und reproduziert wurden, sah sich der Staat immer wieder veranlasst durchzugreifen, um die vermeintliche Volksinteressen durchzudrücken.

Kommunistenschlächter und Partner des Ostblocks

Anfänglich war Gaddafi dem Kommunismus und dem Ostblock recht feindlich gesonnen. Noch 1971 half er dem sudanesischen Diktator Numairi bei der Eliminierung einer der größten kommunistischen Parteien Afrikas und des Nahen Ostens – der Sudanese Communist Party. Doch ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre fanden Libyen und die UdSSR auf Grundlage der gemeinsamen Feindschaft zur NATO und zu Israel zueinander. Seit dem Machtantritt von Ronald Reagan als US-Präsident wurde Gaddafi im Westen als de-facto Kommunist in einem Atemzug mit Fidel Castro und Kim Il-Sung genannt.

Doch auch wenn Libyen im Osten einen neuen Käufer für sein Erdöl und eine neue Quelle für (die stets benötigten, aber vom Westen verweigerten) Waffen fand, betonte Gaddafi stets die Unabhängigkeit seines „Dritten Weges“. Während andere Linksnationalisten in der arabischen Welt der Freundschaft mit Moskau zuliebe zwischendurch mit gezähmten KPs paktierten, ließ der Autor der „Dritten Welttheorie“ bei sich keinerlei kommunistische Umtriebe aufkommen. Libyen verbot Marx-Werke und die UdSSR ihrerseits unterband alle Versuche, das „Grüne Buch“ des Obersten Revolutionsführers bei sich zu verbreiten.

Antiimperialist und Partner des Westens

Trotz der Betonung der libyschen Unabhängigkeit liefen die Geschäfte mit dem Westen bestens. Noch 1980 erreichte das amerikanisch-libysche Handelsvolumen seinen Höhepunkt. Vor möglichen, auch militärischen Interventionen durch die kapitalistischen Käuferländer schützten Libyen die im Ostblock in

rauen Mengen erworbenen Waffen. Dabei musste Gaddafi von Anfang an Kompromisse eingehen: Die Enteignung der westlicher Konzerne etwa verlief nicht ohne Entschädigung, die westlichen Militärbasen wurden geschlossen auf Grundlage der Zusicherung, dass es keine sowjetische Militärbasen in Libyen geben wird. Das ist ein Hinweis auf den dauerhaften Widerspruch, der in Gaddafis nationalem Projekt angelegt war: Die Grundlage seines Unabhängigkeitsgebahrens waren die hohen Ölpreise und große Nachfrage danach – und zwar genau in jenen Ländern, von denen sich Libyen unabhängig machen wollte.

Doch das heißt nicht, dass der libysche Staat seinen antiimperialistischen Anspruch nicht ernst nahm. Das Ausgangsproblem, dass die westlichen Großmächte deutlich mehr auf dem afrikanischen Kontinent zu sagen hatten als die unabhängig gewordenen Ex-Kolonien, blieb. Libyen war jetzt ein Nationalstaat, aber im internationalen Vergleich ein recht unbedeutender. So viel hatte Oberst Gaddafi schon gelernt, dass man so etwas nicht auf sich sitzen ließ - und versuchte fleißig sich in alle nahen und fernen Konflikte zu intervenieren: wie es sich für eine Weltmacht gehört. Egal ob er alle Araber, alle Moslems oder alle Afrikaner unter libyscher Initiative vereinen wollte; ob er palästinensische Splittergruppen, afrikanische Diktatoren oder britische Trotzlisten mal mehr, mal weniger großzügig unterstützte – das Ziel, sich wie ein Staatschef vom Kaliber seiner Gegner aufzuführen, verlor er nicht aus den Augen. Gaddafis Anti-Imperialismus war eine versuchte Nachahmung der Außenpolitik seiner Partner und Widersacher.

In den achtziger Jahren rächten sich die USA und später auch ihre Verbündeten durch Wirtschaftsembargos und Luftangriffe. Die Unterstützung aus dem Ostblock fiel bald auch noch weg. Gaddafi musste sich umorientieren. Erst wechselte er sein Image vom Terroristenunterstützer zum Friedensstifter. Mal wurden mit libyscher Vermittlung westliche Geiseln in islamischen Ländern freigesetzt, mal initiierte er eine für den Westen recht nützliche Afrikanischen Union (AU), welche sich kostengünstig um die Aufsicht über Konflikte auf dem Kontinent kümmert.

Spätestens ab 2003 war auch Schluss mit den sozialistisch-sozialstaatlichen Experimenten: Der Aufbau des „Volkskapitalismus“ wurde verkündet. Eine riesige Welle von Privatisierungen rollte über das Land. Für die EU war der Chef des Mittelmeerstaates Libyen aber auch als Kerkermeister von großer Bedeutung, als er, der frühere Verkünder der internationalen Solidarität, nun begann, afrikanische Flüchtlinge noch vor ihrer Seereise auf dem Mittelmeer abzufangen und in Lager zu sperren. Außerdem war der Westen nach dem 11. September so über den Islamismus besorgt und Libyen wiederum so auf ausländisches Ka-

pital angewiesen, dass man sich recht problemlos einigte.

Kaum war der ehemalige „bad guy“ rehabilitiert, schon ging der „arabische Frühling“ los und die neuen Freunde ließen Gaddafi, der an eine Abgabe der Macht nicht dachte, prompt fallen. Mögen die Medien noch so sehr von den friedlichen Revolutionen schwärmen, Gaddafi hat demonstriert, dass Proteste auf der Straße, und mögen die noch so zahlreich sein, für den Staat noch kein Grund sein müssen einzulenken. Er griff zu dem Mittel, das alle Staaten im Falle von massiver Störung ihrer Funktionen vorsehen: dem Notstand und damit einhergehend dem rücksichtslosen Gebrauch von Gewaltmitteln zwecks Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols. Das wurde ihm sehr übel genommen – die Öffentlichkeit der demokratischen Länder, auch solcher mit Notstandsgesetzen, empörte sich darüber, dass Gaddafi sein eigenes Volk zusammenschieße. Dem kann man entnehmen, dass es tatsächlich für verwerflich gehandhabt wird, das eigene statt eines fremden Volkes umzubringen

Ungeachtet des schwachen Protests einiger rechter US-Republikaner (die den Oberst für das kleinere Übel gegenüber Islamisten hielten) und antiimperialistischen Linken (die teils Gaddafis frühere Verdienste noch schätzten, teils es einfach unfair finden, wenn stärkere Staaten sich in die Angelegenheiten der schwächeren einmischen) wurde Gaddafis Dschamahirija mit NATO-Bomben eingedeckt.

Mali – und noch ein Anti-Terror-Krieg

Nachrichten aus einem unbekanntem Land

Südlich von Algerien liegt Mali. Ein Land, von dem der geneigte europäische Zeitungsleser bis vor wenigen Monaten keine Ahnung hatte. In letzter Zeit häuften sich die Berichte über islamistische Gruppierungen, die sich im Norden des Landes breit gemacht haben. Zudem engagieren sich dort Kämpfer, die sich als Teil eines sogenannten Volksstammes – der Tuareg – sehen. Sie haben mit dem politischen Islamismus als Programm nichts am Hut und wollen im Norden Malis einen eigenen Nationalstaat gründen. Mal kooperieren die Tuareg wohl mit den Islamisten, mal bekämpfen sich diese Gruppierungen untereinander. Ein genaues Bild gibt es nicht, weil wohl alle Gruppierungen kein Interesse daran haben, die Weltöffentlichkeit über ihre konkreten Vorhaben und Taten zu informieren – Presseleute sind nicht gerne gesehen und leben gefährlich.

Dennoch erscheinen in den deutschen Zeitungen regelmäßig Berichte über archaische Justizmethoden seitens der politischen Islamisten (Handabhacken bei Diebstahl, öffentliche Steinigungen) und eine rigide Repression gegen Frauen. Dass diese Berichte stimmen – zumindest dass die politischen Islamisten derlei veranstalten – ist anzunehmen. Was die Tuareg vor Ort genau machen, abgesehen davon, dass sie einen Landesteil abspalten wollen, erfährt man aus der Zeitungslektüre nicht. Von den mittel- oder langfristigen Zielen aller Gruppierungen, also welche gesellschaftlichen Regeln sie durchsetzen wollen und was für ökonomische Vorstellungen sie für den Norden Malis haben, auch davon ist zumindest bis Mitte Januar 2013 nichts zu lesen.

Bis vor einem Jahr, so konnte man lesen, gab es einen demokratisch gewählten Präsidenten in Mali. Der wurde im März 2012 von Offizieren weggeputscht, die ihm im Kampf gegen die separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes Versagen vorwarfen. Der Putsch wiederum sorgte anscheinend vor allem dafür, dass sich die Gruppierungen im Norden erst recht stabilisieren konnten. Mit dem Putsch war Europa überhaupt nicht einverstanden und froh infolgedessen Gelder ein, die Mali davor wohl regelmäßig bekommen hat.

In Zusammenarbeit mit interessierten Nachbarländern von Mali bereiteten ab Herbst 2012 europäische Staaten eine Ausbildung der malischen Armee vor, da-

mit diese die Gruppierungen im Norden langfristig erfolgreich bekämpfen würde können. Die Gruppierungen im Norden kamen diesem Plan zuvor und rückten in den Süden des Landes vor.

Frankreich schaltet sich nun im Januar 2013 mit seiner Luftwaffe und Bodenkampftruppen direkt in den Bürgerkrieg ein. Dieser Kriegseinsatz wird von den europäischen Bündnispartnern allseitig begrüßt, auch Russland und China stellen sich nicht dagegen. Nachdem sich Deutschland bei dem internationalen militärischen Einsatz in Libyen nur neutral verhalten hat, unterstützt es jetzt Frankreich logistisch in der Kriegsführung. Mit Ausnahme der Linkspartei finden das alle deutschen Parteien gut.

Kriegsgründe und Kriegslegitimationen – kein Eigeninteresse?

Worum geht es in dem Krieg? Wie so oft gehen in der Öffentlichkeit Kriegsgründe, Kriegsanklässe und Kriegslegitimationen bunt durcheinander.

Der französische Präsident Hollande „betonte, sein Land verfolge *'kein Eigeninteresse in Mali.'* Ziel der Intervention sei es, der malischen Regierung dabei zu helfen, die *'territoriale Integrität'* zurückzuerobern.“ (FAZ, 17.01.2013, S. 1)

Was soll das? Ganz uneigennützig hat Frankreich zufällig in der ganzen Region Militärstützpunkte und scheut mitten in der europäischen Staatsschuldenkrise keine militärischen Kosten, um selbstlos zu helfen?

Das sieht aus wie Schönfärberei, ist aber im Kern etwas anderes. Solche Reden sind Ausdruck davon, dass ein Krieg legitimatorisch wie objektiv nicht mehr einfach eine Sache zwischen zwei Staaten ist. Weil das Interesse moderner kapitalistischer Staaten die ganze Welt ins Auge fasst, gibt es keinen Krieg, der nicht zumindest die potenten Nationen mittelbar berührt. Jeder Krieg zwischen zwei Staaten hat deshalb das Potential in einen Weltkrieg auszuarten. Im Völkerrecht haben sich die Staaten der Welt auf Regeln geeinigt, wann ein Krieg legitim ist und wann nicht. Die militärisch überlegenden Staaten haben so allen Staaten der Welt deutlich mitgeteilt, dass einen Krieg zu führen nicht mehr einfach die souveräne Entscheidung eines Staates ist. Sie haben so klargestellt, dass sie immer mitreden wollen. Von den anderen Staaten aus gesehen ist das Völkerrecht jetzt die Pflicht, den anderen Staaten die eigenen Kriegsgründe plausibel zu machen, dann aber auch die Chance, bei einem Krieg nicht gleich den Rest der Welt im Nacken zu haben, ja vielleicht sogar Unterstützung zu bekommen. Was im Völkerrecht verboten ist, ist ein Angriffskrieg, also ein Krieg, bei dem ein Staat schlicht gegen einen anderen Staat sein Interesse mit Gewalt durchsetzen will. Jetzt wissen Staatsführer selbst am Besten, dass sie selbst nur dann einen

Krieg führen, wenn es im nationalen Interesse ist. Das Völkerrecht sorgt dann nicht dafür, dass es gar keinen Krieg mehr gibt, sondern dass jede kriegsführende Partei Gründe angeben muss, die mehr sind als bloß das eigene Interesse. Ob sich Staaten an diese Regeln halten müssen (bzw. sollten), ist immer noch eine Frage der Gewalt, also wie viel Kriegsmaschinerie man auf sich vereinigen kann. Dennoch halten sich die Staaten daran, sich gegenseitig mehr Gründe als das bloße nationale Interesse für einen Krieg zu nennen, und diese Gründe beziehen sich immer auf einen höheren Maßstab. In diesem Falle behauptet der französische Präsident glatt, gar kein Eigeninteresse zu haben, sondern dem hohen Gut der staatlichen Integrität zum Durchbruch verhelfen zu wollen. Dass Frankreich kein Eigeninteresse hätte, stimmt nicht – und das weiß jeder Politiker und jede Zeitungsredaktion. Als Heuchelei mag das aber auch keine Zeitung kritisieren, letztlich, weil ihnen der Krieg passt.

„Territoriale Integrität“ als Kriegsziel?

Die territoriale Integrität Malis ist als Ziel immerhin etwas, was Frankreich in diesem Krieg tatsächlich interessieren könnte. Erstmal hieße das: Frankreich will, dass Mali ein Staat bleibt, vor allem, dass Mali von der Hauptstadt aus regiert wird und dass das Gesetz flächendeckend gilt. Zweitens aber soll Mali von den Richtigen regiert werden. Und das heißt zusammen, dass die Gruppierungen im Norden militärisch fertig gemacht, also besiegt werden müssen. Denn diese Gruppen bestreiten durch ihre Bewaffnung und eigene Rechtsprechung das Gewaltmonopol der Hauptstadtregierung und sind auch nicht die von der EU gewünschten Machthaber in einem ungespaltenen Mali.

Aber auch hinter das Kriegsziel „*die territoriale Integrität zurückzuerobern*“ ist ein doppeltes dickes Fragezeichen zu setzen. Erstens: Trifft „zurückerobern“ eigentlich zu, wenn es vorher gar kein richtiges funktionierendes Gewaltmonopol gab? Immerhin hat es in der Geschichte von Mali immer mal wieder Tuareg-Revoluten gegeben. Militante politische Islamisten scheinen sich auch nicht erst seit gestern in der Sahel-Zone aufzuhalten, wenn bereits die USA ab 2002 versucht hat malische Soldaten für den Kampf gegen Terror in der Wüste auszubilden. Ausgerechnet drei dieser ausgebildeten Eliteeinheiten haben sich dann 2006 gegen die malische Zentralregierung gewandt. Die Malische Armee soll im Jahr 2012 aus 4000 bis 6000 Soldaten bestanden haben, die monatelang auf ihre Löhne warten mussten – und das bei einem Land das doppelt so groß ist wie Frankreich.¹ Wann also gab es in den letzten Jahren in Mali überhaupt sowas wie eine territoriale Integrität? Was heißt also hier „zurückerobern?“

müsste es nicht heißen, dass diese überhaupt erst durch einen Krieg geschaffen werden soll?

Hier ist das zweite Fragezeichen zu machen: Frankreichs Krieg vertreibt die politischen Islamisten aus den Städten in der Mitte Malis und dann macht Frankreich stopp. Jetzt sollen die afrikanischen Truppen aus Mali und den Nachbarländern weiter machen mit dem Kampf „gegen den Terror“ in der Wüste. Dabei will die europäische Union die afrikanischen Truppen mit Geldern, Ausbilden und Waffenlieferungen unterstützen. Es heißt aus den europäischen Hauptstädten, dass dies ein dauerhaftes Projekt sein wird. Ist damit nicht schon ausgedrückt, dass die Europäer selber nicht glauben, dass das die „territoriale Integrität“ wirklich einmal hergestellt werden wird? Darauf wird zurückzukommen sein. Erstmal eine weitere Kriegslegitimation aus dem Haus der EU:

Die Freiheit des Volkes als Kriegslegitimation

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sagte vor dem Europaparlament: *„Es ist wichtig, dass die Aufständischen verstehen, dass die Staatengemeinschaft zusammensteht, um das malische Volk gegen diejenigen zu unterstützen, die ihm ein undemokratisches und gewaltsames Regime aufzwingen wollen.“* (FAZ, 17.01.2013, S. 2)

Auch Ashton versteht die Kunst, einen Krieg als uneigennützig darzustellen. Während Hollande noch sagt, er helfe der malischen Regierung, sagt sie, dass das eigentliche Hilfsobjekt das malische Staatsvolk sei. Dass ein beträchtlicher Teil der von der Regierung beanspruchten Bevölkerung (die kämpfenden Tuareg und die Islamisten) scheinbar gar nicht malisches Volk sein will – scheißegal. Dass sie gerade einem Regime in der Hauptstadt zur umfassenden Gewalthoheit in ganz Mali verhelfen will, also allemal ein gewaltsames Regime will – scheißegal. Dass die aktuelle malische Regierung sich an die Macht geputscht hat – hier zunächst scheißegal.

Denn an anderer Stelle wird den jetzigen Kriegspartnern in der Hauptstadt durchaus mitgeteilt: *„Parallel zu diesen militärischen Planungen sucht die EU den politischen Druck auf die Führung in Bamako (der Hauptstadt) zu erhöhen. Zu dem Treffen am Donnerstag wurde auch der malische Außenminister Tieman Hubert Coulibaly geladen. Ihm soll noch einmal deutlich gemacht werden, dass die Europäer eine Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und Wahlen erwarten. Als Druckmittel dienen 90 Millionen Euro Haushaltshilfe und 140 Millionen Euro Projekthilfe, deren Auszahlung die EU nach dem Putsch im vergangenen Jahr eingefroren hat.“* (FAZ, 17.01.2013, S. 2)

Kurzum: Die Berufung auf das malische Volk, dem geholfen werden soll, ist ein umständlicher Weg, um zu sagen: Wir wollen einen malischen Staat, in dem die Gruppierungen im Norden nichts zu sagen haben. Das eigene Interesse an einer ganz bestimmten politischen Ordnung in Mali, das jetzt mit Militärgewalt gegen einige Menschen durchgesetzt wird, wird so ausgedrückt, als ob die Menschen vor Ort sich anderes gar nicht wünschen könnten.

In der Berufung auf das (fremde) Volk für den eigenen Kriegszweck liegt noch eine weitere Konsequenz. Wer von der ansässigen Bevölkerung sich das nicht wünscht, gehört dann halt nicht zum Volk und ist zum Abschuss frei gegeben. Wenn sonstige Menschen dabei draufgehen, dann ist das nur ein unvermeidlicher Nebeneffekt ihres (angeblich) eigenen Freiheitsdranges, der eben nur die Ordnung will, die die EU für Mali vorgesehen hat.

Europa im Sahel

Also die Frage auf den Tisch: Was will Frankreich bzw. die westliche Staatenwelt jetzt wirklich von Mali und warum ist dafür ein Krieg fällig?

2011 wurde von der EU die Sahel-Strategie beschlossen, eine Vereinbarung unter den Europäern, was sie von der Sahel-Zone und den darüber herrschenden Staaten – u.a. Mali, wollen.² Diese Strategie ist nicht so neu, sie steht in einer mindestens zehnjährigen Tradition vorheriger Beschlüsse. Das liest sich dann so. Die Staaten sollen...

Erstens den mit westlichen Firmen abgewickelten Rohstoffabbau und -export sichern.

Zweitens solche politische Bewegungen des politischen Islamismus bekämpfen, die vom Westen als unliebsam definiert werden (es gibt ja auch solche, die sind in anderen Regionen dem Westen auch recht, dann heißen sie „Freiheitskämpfer“ und nicht „Terroristen“).

Drittens soll das Geiselschäft in der Sahel-Region unterbunden werden (immer wieder werden im Sahel Menschen mit westlicher Staatsbürgerschaft entführt, um von deren Regierungen Lösegelder zu erpressen).

Viertens soll der Drogenschmuggel unterbunden werden (Südamerikanisches Kokain und marokkanisches Haschisch nimmt seinen Weg nach Europa über die Sahel-Zone).

Fünftens sollen die Staaten arme Menschen aus Afrika davon abhalten nach Europa zu kommen. Die Flüchtlingsbekämpfung der EU soll im Herzen von Afrika beginnen.

Alle diese Ziele will die EU nicht in kolonialer Form umsetzen, also indem sie

selber sich in der Sahel-Zone breit macht und selber den Staat vor Ort organisiert. Alle diese Ziele sollen die Staatsgewalten vor Ort für die EU umsetzen. Dafür müssen die Staatsgewalten vor Ort aber nicht nur ein Interesse entwickeln, den Wünschen der EU nach zu kommen, sondern sie müssen überhaupt in der Fläche funktionieren. Und da sieht es nicht nur in Sachen Mali mau aus.

Mali – ein Staat der seine eigene ökonomische Grundlage nicht herbeiregieren kann

Ein flüchtiger Blick auf Wikipedia verrät einem einiges über die trostlose Lage der Menschen in Mali und die Einordnung des Landes in die westliche Weltordnung. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung hat keinen sicheren Zugang zu Trinkwasser, 30% sind arbeitslos und 75% der über 15jährigen sind Analphabeten. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei ca. 48 Jahre, es gibt weit verbreitete Mangelernährung.

Wirtschaftlich dominiert – unter schwierigen Naturbedingungen – die Landwirtschaft, eine große verarbeitende Industrie besitzt das Land nicht. Ansonsten hat sich über den Tourismus der Dienstleistungssektor etwas entwickelt und vor allem werden in Mali Gold und einige andere Rohstoffe für den Export abgebaut. Die abbauenden Unternehmen kommen aus dem Westen und die Regierung verdient an den Lizenzen, die sie den Unternehmen verkauft. Damit die Unternehmen sich derartig engagieren können, lässt die Regierung schon mal hunderte von Dörfern räumen.

Jeder Staat – egal, wer den aus welchen Gründen führt – setzt seine Gewalt dafür ein, dass die Gesellschaft vor allem erstmal ihm die Überschüsse liefert, mit denen er seine Gewalthoheit behaupten kann. In Mali gelingt dieses Projekt nicht. Dass die Menschen überwiegend kaum über die Runden kommen ist ein Ausdruck davon dass der malische Staatszweck in Sachen Gewalterhalt durch die (Binnen-)Ökonomie, über die er herrscht, nicht klappt. Die dortige Armut ist also nicht Ausdruck davon, dass die Menschen dem Staat viel Überschuss abliefern, sondern sie ist Ausdruck davon, dass sie kaum Überschüsse erwirtschaften.

Der Gewalterhalt gelingt nur über die Abhängigkeit vom Ausland. Die Gewalt finanziert sich über die Lizenzvergabe an westliche Rohstoffkonzerne. Daher ist es kein Wunder, dass eine solche Staatsgewalt den Interessen der Unternehmen Vorrang einräumt, wenn sie mit den Dörfern die lokale Ökonomie dafür ggf. aus dem Weg räumt. Aber auch die Lizenz-Gelder reichen nicht, was die Verschuldung im Ausland anzeigt. Mali gehört zu den Heavily Indebted Poor

Countries (HIPC) und steht unter dem Regime des IWF. Und auch der politische Kredit aus dem Westen reicht nicht, um eine flächendeckende Gewalthoheit aus der Hauptstadt heraus zu kreieren. Daher wird Mali vom Westen schon länger unter die Kategorie gescheiterter Staat (failed state) verbucht.

Da es in einer solchen Ökonomie einfach keine wirtschaftliche Entwicklungsperspektive für die Menschen vor Ort gibt, liegt es Nahe, zu versuchen an die Macht zu gelangen, um darüber unmittelbar sich, Familie und Clan gut zu finanzieren. Vom Westen wird sowas als Korruption bezeichnet. In Wirklichkeit gehört das einfach zur Politökonomie eines Rohstoffexportlandes der Sorte Mali dazu. Die Regierungsmitglieder bereichern sich. Sie sorgen mit entsprechend entlohnten Gefolgsleuten dafür, dass der Rest der Bevölkerung, der eigentlich überflüssig ist, die Schnauze hält. Der Westen unterstützt die Regierungen dabei mit finanziellen Mitteln und der Ausbildung des Militärs, damit seine Konzerne Gewinne machen und für einen sicheren, preislich günstigen Rohstofffluss gen Westen sorgen.

Das geht durchaus mit einem Nationalismus einher, also einer politischen Einstellung, die über den bloßen Lebensunterhalt oder die Bereicherung hinausgeht. Der Wunsch nach einem Staat, der der Bevölkerung in ihren Konkurrenzbemühungen helfen soll, indem er sie gerecht und Weise beschränkt und fördert, so dass das Volk insgesamt (also nicht jeder einzelne) darüber ökonomisch so erfolgreich ist, dass es dem Staat Macht verschafft, ist in Mali vorhanden. Jeder Nationalist entdeckt so im Gebahren der aktuellen Regierung einen nationalen Verrat und den Auftrag zum Putsch. An die Macht gekommen, lernt derselbe Nationalist, dass er als Vorbedingung für das eigentliche Projekt sich erstmal dem Ausland andienen muss. So kommt dann dieselbe Regierungspolitik heraus, gegen die man sich aufgelehnt hatte und begegnet neuen Putschisten, die einem selbst Korruption vorwerfen.

Daher ist es kein Wunder, dass in solchen Staaten immer wieder Gruppen auf die Idee kommen, sich selbst an die Macht zu putschen oder Landteile abzuspalten, um neue Nationen zu gründen – so z.B. die MNLA (siehe hierzu als Beispiel auch die Texte auf der Homepage zum Sudan: „Ein neuer Staat für Afrika...“ und „Die Intervention in den Sudan: Noch ein Beweis dafür, dass es ohne Weltpolizei nicht geht“). Immer wiederkehrende Bürgerkriege machen dann selbst die Existenz von Menschen als armselige Landwirte zu Nichte. Auf der Flucht vor den beschissenen Wirtschaftsbedingungen und Bürgerkriegen versuchen dann einige nach Europa zu kommen, wo sie der Westen wiederum mit einem hohen Sicherheitsaufwand über das Mittelmeer abschiebt, wenn die Flüchtlinge überhaupt lebend Europa erreichen. Eine unterlegende Bürger-

kriegspartei setzt sich in aller Regel ins Nachbarland ab und versucht, von dort an die Macht zu kommen. Oder aber sie versucht direkt im Nachbarland die Macht zu übernehmen.

Der „failed state“ als politische Bühne der Islamisten

Der politische Islamismus ist eine besondere Frucht nicht nur des „failed state“ Mali. Aus vielen Ländern, die mit dem Westen im sogenannten Kampf gegen den Terror zusammen arbeiten, mehr oder minder erfolgreich verdrängt, haben sich im Norden von Mali mittlerweile drei Gruppierungen breit gemacht, die im Namen Allahs den heiligen Krieg führen. Sie versuchen ihre Version einer moralisch korrekten Gesellschaft einzurichten. Dort, wo sie etwas Hoheit gewinnen, scheinen die international eingestellten Islamisten ihresgleichen für Kämpfe in aller Welt auszubilden. Im Westen gelten sie einfach als verrückt und bloß mörderisch, was Ausdruck davon ist, dass der Westen sie kompromisslos bekämpfen will. Das drückt sich auch darin aus, dass sie deren Kampf als „Terror“ bezeichnen. Damit spricht der Westen aus, dass sie deren Gewalt als nicht legitim behandeln wollen. Die politischen Islamisten seien keine Politiker, die wie andere Politiker auch mit Gewalt ihre Vorstellungen über die Gesellschaft durchsetzen wollen, sondern Leute, die einfach nur Gewalt ausüben wollen, quasi als Selbstzweck.

Was der Islamismus als politische Bewegung ist, dazu sei auf den Text „Der Islamismus – Konsequenz, Erbe und Konkurrent eines unzufriedenen arabischen Nationalismus“ verwiesen (siehe www.gegen-kapital-und-nation.org). Hier sei das Programm nur kurz umrissen. Der Islamismus als politische Bewegung hat seinen Ausgangspunkt in der Betrachtung von Ländern, deren Alltagskultur und politische Ordnung sich bereits auf den Islam stützen (so wie Deutschland etwa kulturell christlich geprägt ist). Dies sind Länder, die in der weltweiten Staatenkonkurrenz relativ weit unten angesiedelt sind; Länder, die meist nur als Rohstofflieferanten für den erfolgreichen Westen funktionieren, über Kredite vom Ausland abhängig sind und ansonsten für die Bevölkerung nur flächendeckende absolute Armut zu bieten haben. Als Nationalisten stört die Islamisten das Leid und das bescheidende Leben der Bevölkerung als solches nicht sonderlich, allerdings entdecken sie in diesem armseligen Leben ein weiteres Indiz dafür, dass die Nation nicht die Größe, den Glanz oder die Bedeutung in der weltweiten Staatenhierarchie hat, die sie ihr zusprechen. Für Nationalisten ist eine Massenarmut gut, wenn sie die Nation voranbringt (siehe hierzulande z.B. das Lob auf die Agenda 2010), sie ist aber schlecht, wenn sie nur Ausdruck da-

von ist, dass sich die Menschen nicht nützlich für die Nation machen (können). Als Nationalisten glauben sie an die Kraft des Staatsvolkes als Basis für die Größe der Nation. Dass die Nation in der Staatenhierarchie so glanzlos da steht, liegt in ihren Augen auch daran, dass das Staatsvolk nicht die richtige Einstellung für die nötige Kraffanstrengung habe. Die Religion wird politisch radikalisiert gewendet: Die mangelnde oder vernachlässigte Gläubigkeit gilt den Islamisten als Hauptursache für das (angeblich) verfehlte Verhalten der Bevölkerung. Dieser Schluss wird gegen die Regierungen in den jeweiligen Ländern verlängert. Sie hätten es versäumt, dem Staatsvolk die richtige Moral beizubringen, sie hätten also schlecht regiert. Statt die Nation zur Sonne zu führen, würden sie die Nation untergraben.

Mit dem Drang des Westens, die Welt mit Waren und Dienstleistungen für das eigene nationale Wirtschaftswachstum in Anspruch zu nehmen, verbreite er lauter schädliche Einstellungen in den Regierungen und in der Bevölkerung derjenigen Nationen, die den Islamisten am Herzen liegen. Diese Einstellungen stehen nach Ansicht der Islamisten ihrem gewünschten nationalistischen religiösen Aufbruchsprogramm im Wege. Der Islamismus als politische Bewegung hat einerseits einen stark internationalen Charakter, orientiert sich andererseits politisch überwiegend an nationalen Grenzen. Manche Bewegung verurteilt allerdings den Nationalstaat selbst als Fessel und hält die Umma als Weltislamgemeinschaft für den senkrechten Weg.

So war das ursprüngliche Ziel von „Ansar Dine“ (einer der wichtigsten islamistischen Gruppierungen in Mali) nicht die Schaffung von einem neuen Tuareg-Staat Azawad, sondern das Bekehren des gesamten Mali zu „wahren islamischen Leben“. Für die Islamisten von AQMI (al-Qaida im islamischen Maghreb) ist die Tatsache, dass Tuaregs Moslems sind und eine vom Westen unterstützte Regierung bekämpfen, handfester Einmischungsgrund mit dem Kalkül: Beim gemeinsamen Kampf wird man die Glaubensbrüder schon auf Linie bringen. Mujao („Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika“) scheint eher in den Regionen der Subsahara Anklang zu finden und sich von arabisch dominierten Al-Quida abzusetzen.

Der politische Islamismus arbeitet sich also an der Armut vor Ort und am Imperialismus des Westens ab und ist, so wie er das macht, nicht mit einer vernünftigen Kritik zu verwechseln, die ihren Ausgangspunkt am Leid der Menschen auch in der Peripherie nimmt. Er ist – eingedenk der Besonderheit einiger Islamisten, die einen Groß- oder Weltstaat Umma anstreben – im Großen und Ganzen ein nationalistisches Scheißprogramm.³

Eine Eigentümlichkeit der EU-Sahel-Strategie

Auf der anderen Seite ist der ekelhafte Charakter des politischen Islamismus kein Grund, dann dem westlichen Kriegsprojekt die Daumen zu drücken. Das postkoloniale Konzept der westlichen Mächte, das in Mali gegen die Islamisten und Separatisten verteidigt werden soll, hat es nämlich in sich. Der Weltmarkt, auf dem sich die überlegenden Nationen durchsetzen, hat noch nie auf ein Land wie Mali gewartet. Der Grund liegt nicht einfach in den schlechten Startbedingungen aufgrund der Kolonialzeit, sondern im Weltmarkt selber begründet. Wo konkurriert wird, da gibt es neben den Gewinnern immer Verlierer. Die ökonomische Abhängigkeit vom Ausland führt nicht zu einer Entwicklung der Ökonomie, vielmehr ist dies eine wunderbare Situation für westliche Konzerne günstige Lizenzverträge auszuhandeln. Den politischen Kredit aus dem Ausland, gibt es wiederum nur, wenn die malische Gewalt sich für die westlichen Interessen anstrengt, etwa die Flüchtlinge aus dem eigenen Land festhält oder Transitflüchtlinge dingfest macht. Wo sich über den Drogenhandel mal ein neues Geschäftsfeld für die Leute in Mali ergibt, soll der malische Staat sie bekämpfen.

In einer ganz anderen Hinsicht ist das Programm des Westen eigentümlich. Einerseits sind die Ansprüche an Mali solche, die eine funktionierende Staatsgewalt vor Ort voraussetzt. Andererseits will der Westen den malischen Staat offensichtlich gar nicht in die Lage versetzen, diese Aufträge ordentlich auszuführen. Dieser Aufwand ist es dem Westen nicht wert. Umso mehr besteht der Westen aber darauf, dass Mali sein äußerstes versuchen soll, um den Zielen des Westen hinterher zu kommen.

Dazu ein Vergleich: Die USA wollte nach dem 2. Weltkrieg Deutschland und Japan zu Staaten machen, die als Baustein in der Bekämpfung des Ostens funktionieren sollten. Die USA hat dafür diesen Staaten die Schulden gestrichen und mit einem Marshallplan tatsächlich eine Unterstützung geliefert, über die sich Deutschland und Japan sogar zu ökonomischen Weltmächten mausern konnten. So etwas ist für die Sahel-Zonen-Länder überhaupt nicht vorgesehen. Nichts wird an der ökonomischen Basis geändert. Die Grundlage des „failed state“ Mali bleibt also bestehen. (Um die Aussichten für die dortige Bevölkerung schert sich eh kein Schwein.)

Verhindert wurde, dass die politischen Islamisten ganz Mali erobern, man hat sie zurück in die Wüste geschickt. Jetzt Stopp und den afrikanischen Staaten, die selber lauter „failed states“ sind – ja was eigentlich überlassen? Dauerhaft die politischen Islamisten zu drangsaliieren und die EU weiß, dass das ein dau-

erhaftes Projekt ist, also auf dieser Grundlage gar nicht vollständig gelingen wird.

In der Sahel-Strategie der EU von 2011 wird zwar immer davon geredet, dass die staatlichen Instabilitäten sich der ökonomischen Armut verdanken und daher ökonomische Entwicklung notwendig sei. Das wird dann aber wiederum so gewendet, dass für eine ökonomische Entwicklung staatliche Stabilität notwendig sei. In den konkreten Aktionen der EU ist dann nur noch von Sicherheit die Rede. Kein Wunder: Wenn die Armut der Bevölkerung nur zur Sprache kommt als potentielle Unruhestifter, dann soll eben nicht das Elend weg, sondern die Störenden.

Die Praxis der EU sieht dann so aus: Die rudimentäre staatliche Gewalt vor Ort durch Geld und Ausbilder unterstützen – begrenzt. Immer, wenn die etwas nicht bewältigt bekommen, was die EU für einen besonders großen Störfall halten, wird selber einmarschiert, wie jetzt durch Frankreich. Wo es besonders dringlich ist, da stellen die westlichen Länder gleich das Sicherheitspersonal, wie z.B. beim Uranabbau im benachbarten Niger. Für diese besonderen Situationen, werden Militärstützpunkte in der Region errichtet und unterhalten.

So werden die Staaten in der Sahel-Zone in einem Zustand des „failed state“ gehalten, den es zu betreuen gilt. Mit allen brutalen Konsequenzen für die Bevölkerung vor Ort.

Demokratie für Afrika – den fragilen Zustand bitte nicht zusätzlich schwächen

Der Westen arrangiert sich mit den Instabilitäten, die notwendig zu der Politökonomie eines „failed state“ dazu gehören, der aus der Stellung in der westlichen Weltordnung erwächst. Damit die schwache Gewalt vor Ort nicht noch zusätzlich geschwächt wird, verlangt die EU in der Sahel-Strategie noch eine weitere Sache:

Es soll so regiert werden, dass die Machtwechsel nicht zusätzlich die Staatsgewalt schwächen – dafür steht „good governance“, „Demokratie“ usw. An Staaten aus deren Gesellschaft mit Notwendigkeit immer wieder der Drang entsteht gegen die aktuellen Machthaber selber an die Macht zu gelangen, wird der Anspruch gestellt: Machtwechsel o.k., aber friedlich.

Daher hat die EU die Putschisten in der Hauptstadt abgestraft, die „Entwicklungshilfe“ und die direkte militärische Unterstützung eingestellt.⁴

Der Westen war dann aber auch pragmatisch genug, im jetzigen Krieg den Demokratievorbehalt zurückzustellen. Im Vergleich mit den Islamisten, die erst-

mal garantiert keine Lizenzen für Rohstoffabbau an westliche Unternehmen vergeben würden, ist das Putschregime in der Hauptstadt besser als nix. Also werden die Fördergelder für Mali nun doch an die Putschisten freigegeben und kriegerisch wird mitgeholfen, einen Zustand herzustellen, der es erlaubt, ein Stück Afrika für die nationale Reichtumsmehrung im Westen auf eigentümliche Weise nutzbar zu machen bzw. zu halten.

1 „Keiner weiß, wie viele Soldaten es überhaupt genau gibt. Schätzungen gehen von 4000 bis 6000 aus. Überprüfen lässt sich das nicht.“
<http://www.tagesschau.de/ausland/mali512.html>; gefunden am 19.03.2013.

2 European Union External Action Service, Strategy for Security and Development in the Sahel.
www.eeas.europa.eu/africa/docs/sahel_strategy_en.pdf; gefunden am 04.03.2013.

3 Auf die Besonderheit der kämpfenden säkularen Tuareg, ihre Gründe und Ziele geht dieser Text nicht ein. Hier müssen wir uns erst nochmal einarbeiten.

4 Eine andere Position vertritt hier der Autor Bernhard Schmid oder die Flüchtlings-selbstorganisation „Afrique-Europe-Interact“. Sie behaupten, dass die Ablehnung der Putschisten durch die EU seinen Grund in den inhaltlichen Programmpunkten der Putschisten habe, der im wesentlichen nicht auf der Bekämpfung der politischen Islamisten reduziert sei, wie in der westlichen Öffentlichkeit behauptet. Sie schreiben den Putschisten einen mehr oder minder ehrlichen Kampf gegen die Korruption der abgesetzten Elite als Hauptzweck zu. Das sei der EU sauer aufgestoßen und daher wurden die Putschisten unter Druck gesetzt. Ob da was dran ist, also was genau die Putschisten machen wollten, was die EU dann stören hätte können, lässt sich aus den Veröffentlichungen von Schmid und Afrique-Europe-Interact nicht entnehmen. Es bleibt bei Allgemeinplätzen wie, die Putschisten wollten wirklich mal was fürs Volk tun usw., also politische Formulierungen, die noch von jeder Konfliktpartei im Munde geführt werden. Für Afrique-Europe-Interact siehe deren Homepage oder deren Artikel „Krieg in Mali“, in: RLS-Standpunkte International 02/2013. Für Schmid siehe MALI: Frankreich interveniert in Westafrika.
<http://www.trend.infopartisan.net/trd0213/t520213.html>; gefunden am 03.03.2013.

Ein neuer Staat für Afrika: Südsudan

2011 stimmte die Bevölkerung von Südsudan darüber ab, ob aus dieser etwa zweimal die Fläche der BRD umfassenden Region ein unabhängiger Staat werden soll. Die Erfolgchancen für ein „Ja zur Unabhängigkeit“ standen gut und das Referendum fiel entsprechend aus. Und das, obwohl die Bürger des neuen Staates keine gemeinsame Sprache eint, auch keine gemeinsame Religion und sie zuvor auch nicht als „südsudanesisches Volk“ bezeichnet worden sind (von sich selber oder von anderen), sondern als Dinka, Nuer, Schilluk, Azande, Acholi usw. Es fehlen also die wichtigen Merkmale, die Nationalisten weltweit für entscheidende Faktoren der Staatsgründung halten. Die Gemeinsamkeit, die die neuen Staatsbürger eint, ist eine rein negative: Sie alle entsprachen nicht dem Ideal von Staatsvolk, das der (nord-)sudanesischer Staat unter verschiedenen Regimen seit seiner Gründung propagierte – sie waren weder arabischsprachig noch islamgläubig.

Die britische Kolonialmacht hatte den Süden vom arabischen Norden weitgehend isoliert und bei der Entlassung in die Unabhängigkeit 1956 darauf bestanden, dass der islamisch-arabische Norden und der „schwarzafrikanische“ Süden gemeinsam einen Staat bildeten. Der Grund dafür war die Befürchtung, dass der unabhängige Nordsudan zum Satellitenstaat des panarabischen und damals sowjetfreundlichen Ägypten werden könne. Die meiste Zeit (1955-1972 und 1983-2005) herrschte in der Region Krieg, wobei die Rebellen mal Autonomie innerhalb des Sudan, mal Unabhängigkeit vom Norden forderten, während die Regierung aus dem Norden immer wieder versuchte, die islamischen Gesetze auch auf die Bevölkerung in und aus dem Süden auszuweiten.

2005 kam unter der Vermittlung respektive dem Druck der westlichen Staaten ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der größten Rebellen-gruppe, der Sudan People's Liberation Army (SPLA) respektive ihres politischen Arms, des Sudan People's Liberation Movement (SPLM), zustande (im folgenden zusammen abgekürzt als SPLA/M). In diesem Abkommen wurde ein Autonomiestatus für den Süden inklusive der paritätischen Teilung der Roh-

stoffeinnahmen vereinbart.¹ Zuerst ließen die Süd-Rebellen durchscheinen, dass sie sich mit der Autonomie begnügen und dafür sogar auf die Unabhängigkeit verzichten würden, sollte sich die Regierung an das Autonomieabkommen halten. Doch nach dem Unfalltod ihres Anführers John Garang 2005 arbeitete die SPLA/M kontinuierlich auf die Unabhängigkeit hin. Mit dem erwartungsgemäßen Ausgang des Referendums für die Abspaltung des Südens wurde ein Tabu der Politik im postkolonialen Afrika gebrochen: die Nichtrevidierbarkeit der von Kolonialmächten gezogenen Grenzen.² Dabei muss es nicht unbedingt bleiben. Der (nord-)sudanesischer Staat befeuert durch die Begünstigung von arabischsprachigen Moslems, die zumindest vor der Abspaltung des Südens 42% der Bevölkerung gebildet haben, weitere Autonomiebestrebungen in Darfur und an der Rotmeerküste. Inzwischen laufen im Land mehrere Missionen von UNO und Afrikanischer Union, die den Frieden in Darfur und im Süden überwachen sollen. Die schwerwiegendste Konsequenz des Referendums für den Norden ist aber der Entzug von beachtlichen Teilen seiner ökonomischen Grundlagen – der Rohstoffe.

Die Wirtschaft

Wovon der neue südsudanesischer Staat ökonomisch gespeist werden würde, stand noch vor Staatsgründung fest. Nämlich davon, wovon bisher der vom arabisch-islamischen Norden dominierte Sudan lebte: vom Export des im Süden zahlreich vorkommenden Erdöls. Einer der Gründe für die Rebellion im Süden war die Tatsache, dass die Ölförderung die Subsistenzwirtschaft der Bevölkerung zerstörte, während die Gewinne aus dem Export nie der Region zugute kamen. Mehr noch: Die Regierung plante das Wasser aus den Quellen im Süden für die Landwirtschaft in den trockenen Norden umzuleiten. Die Rebellen revanchierten sich mit Versuchen, die Ölförderung zu sabotieren. Nachdem der Sudan beim Westen in Ungnade gefallen war, sicherte sich China die privilegierte Stellung bei der Ölförderung. Für die Gewinne aus dem Export kaufte der Sudan wiederum chinesische Waffen³, um die Rebellen von den Ölfeldern fernzuhalten.

Der Sudan ist ein Staat, in dem die kapitalistische Wirtschaftsweise per Gesetz

-
- 1 Zur Vorgeschichte siehe: <http://goo.gl/fb/41GSy> (ein weiterer Artikel von uns zu diesem Thema).
 - 2 Einzige Ausnahme war bisher die Trennung Eritreas von Äthiopien 1993.
 - 3 2005 haben die westlichen Staaten ein Waffenembargo gegen den Sudan beschlossen.

verordnet ist, aber kapitalistische Produktion kaum stattfindet. Die chinesischen Ölfirmen bringen ihre eigenen Mitarbeiter mit. Das sudanesisches Bürger-tum handelt mit importierten Waren. Ansonsten gibt es noch die Option, im staatlichen Apparat (dank zahlreicher Regionalkonflikte ist seine bewaffnete Abteilung nicht gerade klein) zu arbeiten, um nicht per Subsistenzwirtschaft der Natur, dem Klimawandel, der Staat sowie feindlichen Nachbar„stämmen“ trotzen zu müssen. Darum sind Plätze im Staatsapparat begehrt und meist für loyale arabischsprachige Moslems vorgesehen; die anderen Gruppen sind am Erfolg des Staates oft weniger interessiert. Das haben die sudanesischen Bürger mit den Bevölkerungen der meisten anderen afrikanischen Staaten gemein – ein wichtiger Unterschied zu den Bürgern der gut funktionierenden kapitalistischen Staaten im Westen, die den eigenen Erfolg in der Konkurrenz an den Erfolg ihres Staates knüpfen müssen. Denn die Bürger westlicher Staaten sind auch vom ökonomischen Erfolg „ihres“ Staates abhängig. Die Subsistenzbauern können sich hingegen dazu erstmal gleichgültig stellen, weil sie – im Gegensatz zu Lohnarbeitern – ohnehin nicht von einem Kapital benutzt werden, das einen Staat als Geschäftsgaranten voraussetzt. All diese Probleme hat der Südsudan in die Unabhängigkeit mitgenommen. Hingegen ändert sich zunehmend, wer die privilegierte Gruppe im Staatsapparat (Dinka statt Araber) und die profitierenden Großmächte (EU statt China) sind.

Die Ölgewinne muss der Süden mit dem (Rest-)Sudan teilen, zumal sich die ganze Infrastruktur für den Export dort, im Norden befindet. Die Mächte, die dem Süden seine Unabhängigkeit vermittelt haben, arbeiten an der Behebung dieses Mankos. Deutsche Firmen bauen eine Eisenbahnstrecke, mit der das Öl aus dem Süden über politisch zuverlässigere Länder in die Häfen Ostafrikas gebracht werden soll. Damit wäre der neue Staat in der Lage, dem restlichen Sudan den Zugriff auf das Öl zu verweigern, womit wiederum dem Westen sowohl der Druck auf die Regierung in Khartum als auch ein wohl viel wichtigerer Schlag gegen die aufstrebende chinesische Macht möglich wäre. Die Entdeckung von neuen Ölreserven im Süden machen den Südsudan doppelt interessant für die USA und die EU. Neben dem wirtschaftlichen Nutzen des Öls selbst bedeutet die Kontrolle über die Ölquellen die politische Schwächung jener Staaten, die aus ihrer Stellung als Öllieferanten weltpolitisches Kapital zu schlagen versuchen.

Die Gründungspartei

Wie so manche „Befreiungsbewegung“ der sog. Dritten Welt hatte sich die SPLA/M bei ihrer Gründung 1983 auch als irgendwie links und sozialistisch präsentiert. Seitdem ließ die SPLA/M sich unter anderem von so unterschiedlichen Mächten wie Libyen, (dem realsozialistischen) Äthiopien, Israel, Uganda und Ägypten unterstützen. Als der Sudan in den 1990ern auf der Liste der Terror-Unterstützer der USA landete, bekam die SPLA/M immer mehr Hilfe von der Weltmacht Nr. 1 – was auch deren Sympathien für den Sozialismus schnell schwinden ließ. Der Druck der Rebellen sollte das Regime in Khartum erschüttern.

Die SPLA/M war sich lange Zeit nicht sicher, ob sie lieber die Unabhängigkeit für den Süden oder den Sturz des Militärregimes im Khartum erkämpfen will. Die Bewohner des Südens wurden von der Regierung während des Bürgerkrieges immer wieder von der Versorgung abgeschnitten und erleben den sudanesischen Staat seit Jahrzehnten als eine feindliche Macht. Die SPLA/M konnte sich in den ländlichen Regionen als de facto Souverän etablieren und sah den kommenden Staat als ihr eigenes Projekt. Noch während der Verhandlungen 2005 begann die SPLA/M damit, um die Ausweitung des Begriffes „Südsudan“ zu streiten. Während die Regierung „Süden“ im Rahmen der britischen Verwaltungseinheiten definierte, sah die SPLA/M auch die benachbarten rohstoffreichen Provinzen, wo es viele „schwarzafrikanische“ Bewohner gibt, als einen Teil des Südens. Die Gebiete, in denen die Rindernomaden der „schwarzen“ Gruppe Dinka ihre Herden weiden lassen, sollten nach der SPLA/M-Definition auch beim Referendum über die Unabhängigkeit abstimmen dürfen. Weil in dieser Frage keine Einigkeit erzielt worden ist, ist der Status einiger Provinzen bis heute ungeklärt – dort steht das Referendum noch aus. Die arabischsprachigen und regierungsloyalen Misseriya-Nomaden, die im selben Gebieten leben, sehen die Staatsgründer von der SPLA/M hingegen als fremde Besatzer. Den Kampf um die äußerst ölfreiche Region Abyei⁴ scheint die SPLA/M erstmal verloren zu haben – der Ständige Schiedshof in Den Haag hat den Großteil des Gebiets samt Ölfeld der Khartumer Regierung zugesprochen. Die SPLA/M akzeptierte den Schiedsspruch offiziell, schleust aber weiter ihre Truppen in die Region ein. Die Zugehörigkeit der Provinzen Südkordofan und Blauer Nil hat die SPLA/M erfolgreich zur Disposition gestellt – dort wurde ebenfalls über die Unabhängigkeit abgestimmt. Während sich die SPLA/M im Süden auch schon vor dem Re-

4 Wo seit dem 07.1.2011 wieder gekämpft wird.

ferendum als Quasi-Staatsmacht hatte durchführen können, gelang ihr das in diesen Regionen nicht. 2012 hatte dann die Nordregierung weitere Teile der umstrittenen Gebiete erobert, was eine neue Flüchtlingswelle auslöste.

Dort zeigt sich der Prozess von Staats- und Nationengründung in seiner ganzen Pracht. Als Erstes wird mit internationaler Hilfe der Staatsapparat geschaffen, in dem die ganzen „Helden“ des Unabhängigkeitskrieges untergebracht werden. Hatte sich die SPLA/M zuvor über die Überrepräsentation der Araber im Khartumer Staatsapparat empört, wird nun der südsudanesischen Staatsapparat vor allem mit Dinka besetzt – also mit der Gruppe, die auch die gesamte Führung der SPLA/M bildet.

Der Prozess der Staatsbildung schließt die Sortierung in zuverlässige und weniger zuverlässige Staatsbürger mit ein: Die Parteigründungen von Minderheiten, die sich gegen die Dominanz der Dinka auflehnen, werden von SPLA/M als Agenten des Nordens denunziert, die Nomaden mit „falscher“ Sprache oder Religion am Zugang zu Wasser und Weiden gehindert. Die Araber im Süden, deren Familien nach der Unabhängigkeit des Sudans 1956 in die Region gekommen waren, durften beim Referendum nicht abstimmen. Auf dem Weg zur Unabhängigkeit wurde ein Aktivist der Kommunistischen Partei Sudans – ehemalige Verbündete der SPLA/M im Rahmen des National Democratic Alliance⁵ – für das Aufhängen seiner Plakate ins Gefängnis geschickt. Dabei hatte die KP nicht mal für den Kommunismus (also auch die Abschaffung der Staaten) agitiert, sondern für einen gemeinsamen Kampf gegen das Regime des Khartumer Diktators Al-Baschir im Namen der säkularen Demokratie. Nach den sudanesischen Kommunisten sollten die Scharia-Gesetze von allen Bewohnern Sudans ganz unabhängig von ihrer religiösen oder ethnischen Identität bekämpft werden. Das passt aber schlecht zu dem Konzept der SPLA/M, die ihr Unabhängigkeits-Projekt gerade mit den Unterschieden der Identitäten begründet. Ansonsten ist die SPLA/M damit beschäftigt, unter internationaler Kontrolle ihre Truppen zu demobilisieren – nach einigen Angaben sind die inzwischen doppelt so stark wie beim Friedensabkommen 2005 (also am Anfang der Demobilisierung). Ab und zu hört man, dass somalische Piraten ein Schiff mit Panzern gekapert haben, die für den mit einem Waffeneinfuhrverbot belegten

5 Die National Democratic Alliance (NDA) ist eine Dachorganisation der Opposition, die sich nach dem Putsch von Militärs und Moslembruderschaft 1989 gegründet hat. Sie umfasst ehemalige Regierungsparteien (Umma, Democratic Unionist Party), regionale Autonomiebewegungen (SPLA, Beja Congress, Rashida Free Lions) und Linksnationalisten (Baath-Partei). Zum Thema Abspaltung des Südens konnte die NDA sich nie einigen.

Südsudan bestimmt waren. 40 % des Staatsbudgets gibt die Autonomieregierung für ihre Streit- und Sicherheitskräfte aus.

Damit hat der SPLA/M alles, was man in der sog. Dritten Welt für eine Staatsgründung braucht: militärische Macht, für die Erste Welt interessante Exportprodukte, Kader für den Staatsapparat und den Segen einiger Weltmächte.

Der Feind

Die (nord-)sudanesische Regierung, 1989 nach einem Putsch von Militärs und Islamisten an die Macht gekommen, hat im Kampf gegen ihre widerspenstigen Bürger kaum ein Mittel ausgelassen. Die Islamisierungskampagnen und Militärangriffe waren verbunden mit der Dezimierung der illoyalen Bevölkerungsgruppen durch die Verweigerung der humanitären Hilfe mitten in der Hungersnot. Die Marktreformen im Sinne des IWF (mit dem sich die Islamisten blendend verstanden) leisteten auch ihren Beitrag zur ökonomischen Notlage. Parallel schaffte es Khartum immer wieder, die Rebellen zu spalten, die Splittergruppen in die Regierung zu integrieren und deren Anhänger in den Kampf gegen die SPLA/M zu schicken. Den Angehörigen loyaler Gruppen hat man nicht nur gestattet, auf eigene Faust ihre rebellischen Nachbarn zu bekämpfen, sondern auch sich an deren Eigentum zu bereichern und sie in die Sklaverei zu verschleppen. Hatten die Nomaden durch die Dürren ihr Vieh verloren, wurde das Plündern bei den anderen „Stämmen“ und Bewachen von Ölfeldern gegen die Rebellen ihre neue Lebensgrundlage.

Nun aber hat sich die Regierung mit der Abspaltung des Südens scheinbar abgefunden. Die Weltöffentlichkeit rätselt: Ist das der Anfang vom Ende, weil die SPLA/M das Fanal zur Staatsauflösung durch diverse Separatisten gegeben hat oder wird das Regime jetzt stabilisiert, weil die SPLA/M die schlagkräftigste Gruppe der gesamtsudanesischen Opposition war? Der Präsident Al-Baschir, gegen den inzwischen ein internationaler Haftbefehl wegen Völkermords (die Bilanz seiner bisherigen Staatserhaltungsbemühungen) läuft, will lieber keinen direkten Konflikt mit dem Westen. Manche Islamisten wenden sich enttäuscht ab von dem Versuch, den Süden zum wahren Glauben zu bekehren und wollen lieber einen Rumpf-Sudan mit weniger Rohstoffen und ganz ohne Minderheiten. Dort erhoffen sie sich, endlich ihre Scharia-Utopie zu verwirklichen. Die Opposition fühlt sich dagegen von der SPLA/M im Stich gelassen. Doch schon bahnt sich der Streit der Regierung darüber mit dem Süden an, was mit den Flüchtlingen aus dem Süden passieren soll, die in den Großstädten des Nordens wohnen. Die SPLA/M hatte durchgesetzt, dass auf den Wahllisten für das Refe-

rendum nur jene landen, auf deren Willen zur Unabhängigkeit sie sich verlassen konnte, dazu zählten auch „Südsudanesen“ im Norden und solche, die im Ausland lebten. Ähnlich funktioniert der Nord-Süd-Kampf um das Stimmrecht der im Süden lebenden Araber. Je nach Interesse lassen die Regierung und die SPLA/M entweder den geographischen oder den ethnischen Faktor gelten. Man darf gespannt sein, welcher Staat demnächst wen zu seinen Untertanen zählen darf.

Der Islamismus — Konsequenz, Erbe und Konkurrent eines unzufriedenen arabischen Nationalismus

Dieser Text ist 2006 entstanden und geht daher auf die Besonderheiten der salafistischen Bewegung, die Spaltung der Al-Qaida und andere Entwicklungen der letzten Jahren nicht ein. Wir halten die Erklärungen im Text nach wie vor für richtig.

1. Der Islam hat eine schlechte Presse im freien Westen. Dass die noch im Mittelalter leben und die islamischen Pfaffen tun könne, wovon ihre christlichen Kollegen seit 150 Jahren nur noch träumen – Frauen verschleiern, Sünder steinigen, Ketzer verbrennen – gibt der Diskussion Raum, ob nicht „der Islam“ an sich schon recht gewaltbereit sei. Manch einer sieht gar im Koran eine frühe Ausgabe von „Mein Kampf“ – eine schöne antifaschistische Aufrüstung für den „Kampf der Kulturen“, von dem der „freie Westen“ immer noch nicht weiß, ob, wo und inwieweit er ihn will.

2. Islamische Erneuerungsbewegungen hat es – wie bei jeder Religion – immer gegeben. Eine Welt, in der Menschen bei Religion Trost suchen, ist kein schöner Ort. Wäre sie es, müssten sie keinen Trost suchen. Und der Trost, den Religion spendet, ist mit Demut und Verzicht erkaufte (s. <http://gegner.in/kaum-zu-glauben-kritik-der-religion>), und darum alles andere als ein Beitrag zur Verbesserung der Welt. Also haben immer wieder Leute versucht, durch noch „richtigeren“ Glauben mehr Zuspruch und Hilfe von oben zu bekommen. So hat's der Islam zu einer Spaltung gebracht (Schiiten und Sunniten), einer Reihe von kleineren Abspaltungen (Ismailiten, Aleviten, Drusen) oder aus ihm sind auch neue Religionen (Sikhs, Bahai) entstanden. Während die einen im Rahmen der Religion bleiben (was die Anhänger der traditionellen Form des Glaubens manchmal anders sehen), gibt und gab es also durchaus auch den Übergang, ganz anders zu Allah & Konsorten zu beten. Die Ausbreitung und Durchsetzung solcher religiöser Erneuerungsbewegungen hatte und hat, – wie die Ausbreitung und Durchsetzung von Religionen überhaupt – weniger mit guten Argumenten und überzeugenden Dogmen zu tun, sondern mehr damit, ob

sich politische Herrschaften des jeweiligen Götterglaubens annahmen und ihn mit Gewalt durchsetzten – oder ob Klassen oder andere gesellschaftliche Gruppen in dieser Art, mit höheren Mächten zu verkehren, eine geistige Waffe für ihre sonstige Anliegen sahen.

3. Fundamentalisten hat der Islam auch – wie jede Religion. Eben Leute, die die „Rückkehr“ zum wahren Glauben predigen, und sich dabei aus recht aktuellen Gründen der „Wiederherstellung“ von Sitte und Moral der Vorväter verschreiben, die es so nie gegeben hat und die immer auf das gleiche hinauslaufen: Verzicht, Unterdrückung von abweichenden Positionen, Unterwerfung unter die 'richtige' Herrschaft und Kampfbereitschaft für dieses widerliche Programm. Und selten ist so ein Programm damit zufrieden, bornierte Privatmeinung zu sein, sondern wird eine politische Bewegung, den Staat auf die „Wieder“-Aufrichtung der Moral zu verpflichten. Im Falle des Islams nennt man das Islamismus. Ausgerechnet in einem Europa, in dem fast jedes Land eine größte christlich-demokratische Partei hat, erregen solche Bewegungen ziemliche Verwunderung und Besorgnis.

4. Die erste Erscheinungsform des Islamismus war zunächst die panislamische Erneuerungsbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Den verschiedenen Bewegungen ging es um die Wiederherstellung der 'Umma', d.h. der Vereinigung aller Gläubigen des Islam unter einer gemeinsamen politischen Herrschaft. Von Marokko bis Indonesien hatten sich zwischen 1815 und 1914 Frankreich, Spanien, Großbritannien, die Niederlande, Russland und Italien islamische Länder einverleibt, als Kolonien angeeignet, sie in 'Protektorate' verwandelt und das immer machtloser werdende Osmanische Reich in Interessenssphären zerlegt. Dies sollte durch den antikolonialen Kampf rückgängig gemacht werden.

5. Besonderen Zulauf hatten die Panislamisten in den arabischsprachigen Ländern¹. Denn auf den Verfall seiner staatlichen Macht antwortet das Osmanische Reich, der „kranke Mann am Bosphorus“, wie man damals sagte, nachdem 1908 die 'Jungtürken' in Konstantinopel (heute Istanbul) die Macht übernommen hatten, mit einer verstärkten nationalen Homogenisierungspolitik. Die sollte die Untertanen des Sultans in moderne Bürger eines türkisch dominierten Nationalstaates machen. Mit dieser Turkifizierungspolitik macht sich die 'hohe Pforte' bei ihren arabischen Untertanen aber nicht gerade beliebt und machte ihren Untertanen zudem ihr 'Araber-Sein' erst richtig klar. Und damit geschah das gleiche wie in den britischen, französischen und italienischen Kolonien:

Das Zusammenspiel von nationaler Inanspruchnahme und rassistischer Ausgrenzung schuf abweichenden, in diesem Fall: arabischen Nationalismus, der unter dem Banner des Propheten wahlweise (so trennscharf war man gar nicht immer) alle Araber oder alle Muslime sammeln wollte. Dass das Arabische als Sprache des Koran angeblich allein den Zugang zur göttlichen Wahrheit erlaubt, unterstrich in den Augen der islamischen Aufrührer die Identität von islamischer Erneuerung und arabischem 'Wieder'aufstieg. Solche Bewegungen setzten Briten und Franzosen im I. Weltkrieg gegen das Osmanische Reich ein (darum geht's bei „Lawrence von Arabien“), während sich die deutsche Außenpolitik auch um die „Muhammedaner“ bemühte, aber weniger Erfolg hatte. Statt der versprochenen Unabhängigkeiten nahmen Frankreich und Großbritannien nach 1919 die schwere Bürde von Völkerbund-Mandaten auf sich und schufen Syrien, Irak, Libanon, Palästina, Jemen als abhängige Quasi-Kolonien und genehmigten die Gründung Saudi-Arabiens.

6. Gegen die „Türken“ wie die christlichen „Kreuzritter“ (so nannte man die Kolonialisten in Erinnerung an andere harte Zeiten) und später die Zionisten setzte die „Arabische Bewegung“ den Traum von der „Wiedererrichtung“ eines arabischen und/oder islamischen Reichs in angeblich alter Schönheit und Größe. Doch dieser Panislamismus wurde in den 1920er Jahren zunehmend bedeutungslos gegen die neu aufkommenden nationalistischen Bewegungen, die innerhalb der von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen ihre „Befreiungs“kämpfe führten und moderne Nationalstaaten Ägypten, Algerien, Marokko, Libyen, Tunesien, Syrien, Libanon, Irak, Jordanien usw. errichten wollten.

7. Was wiederum nicht geheißt hätte, dass diese nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem antikolonialen Kampf auf das kulturelle Unterscheidungsmerkmal Islam gegenüber den christlichen Kolonialisten verzichtet hätten. Als Bestandteil der arabischen Volkskultur und als Moralressource schätzten die Staatsmänner in spe den Glauben an Allah durchaus – als Religion wollten sie ihn hingegen nicht allzu wichtig nehmen. Einerseits weil es viele verschiedene islamische Sekten und auch noch starke christliche Minderheiten gab, die in der Gründungsphase des nationalen Projekts mitmachen sollten; andererseits weil die islamische Religion häufig zur Zementierung traditioneller feudaler Abhängigkeitsverhältnisse benutzt und von den Nationalisten darum als Modernisierungshindernis angesehen wurde.

8. Als sie dann nach dem zweiten Weltkrieg ihr Ideal von Souveränität verwirklicht hatten, soweit die Weltordnung das ihnen zustand, haben die verschiedenen Länder und Bewegungen allesamt weiterhin dem Ideal des Panarabismus gehuldigt. Das heißt, sie haben sich den Widerspruch geleistet, ihren Nationalismus und nationale Politik als Dienst an einer noch höheren, zu verwirklichenden arabischen Einheit darzustellen. Allerdings haben sie diese mit ihrer Politik dauernd durchkreuzt, was sich an der geringen Lebenszeit der verschiedenen „Vereinigten Arabischen Republik“-s-Gründungen zeigte. Die arabischen Staaten haben ihre Konkurrenz untereinander dauernd mit dem Bekenntnis zur arabischen Sache, der Klage um die Zerrissenheit der arabischen Welt und mit der Anklage, alle anderen hätten nur ihr borniertes nationalstaatliches Interesse im Kopf geführt – über alle Wechselfälle ist die gemeinsame Feindschaft zu Israel als angeblicher Grund und Ursache der arabischen Schwäche geblieben. Doch selbst der gemeinsame Hass auf den „Judenstaat“ hat bei den arabischen „Bruderstaaten“ nie dazu geführt, dass sie den Kampf der PLO auch nur vorbehaltlos unterstützen (s. das Massaker jordanischer Sicherheitskräfte an Palästinenser im sogenannten „schwarzen September“ 1970). Von einer guten Behandlung derjenigen, die in Flüchtlingslager gepfercht auf ihre zukünftige Verwendung als palästinensisches Staatsmaterial harren durften, ganz zu schweigen.

9. In den Ländern, wo die politische Herrschaft, zumeist ein Königshaus, einen Kurs westlicher Orientierung verordnete (Marokko, Jordanien, Saudi-Arabien, Golf-Emirate, bis 1958 Irak) wurde der Islam als Abwehr gegen Demokratisierungsvorstellungen und zur Neutralisierung arabisch-sozialistischer und kommunistischer Umtriebe geschätzt. So war es auch im nicht-arabischen(2)ⁱⁱ Afghanistan und Pakistan. In Persien (heute Iran) hingegen sah bis 1979 das Schah-Regime die islamische Geistlichkeit und die Bevölkerung als ein einziges Modernisierungshindernis an. Und selbst die kemalistischen Militärs in der Türkei schätzten den Islam als Moralressource für den Staat. Ihnen allen war an der Dienstbarkeit der Religion für den Staat gelegen, aber nicht an der Unterwerfung des Staatsprogrammes unter den Islam.

10. Aber auch die „arabisch-sozialistischen Länder“ haben sich nie gescheut, den Islam in den Dienst zu nehmen. (Nasser: „Mohamed war ein Imam des Sozialismus“, Baathisten usw.). Dabei bedeutete der ‘Sozialismus’ genau wie in vielen anderen asiatischen und afrikanischen Staaten nie sehr viel mehr als dass „der wirtschaftliche Reichtum der Nation gehört“ (Art. 26 der Verfassung der

Baath-Partei). Der Antikapitalismus dieser Länder war immer ein antimaterialistischer, der den Leuten Hingabe und Aufopferung für die Nation predigte; Kapitalismus war gleichbedeutend mit Egoismus und Überbetonung materieller Interessen statt für die „ewige Sendung der arabischen Nation“ (Drittes Prinzip der Baath-Partei) zu kämpfen. Wenn man sich überhaupt vom ML inspirieren ließ, dann zumeist von Stalins Diktum, Volksfeinde müssten zerschmettert werden und Maos Lobpreisungen revolutionären Heroismus, ansonsten führte man den Klassenkampf gegen ‘reaktionäre Elemente’ zumeist gegen Leute, die ihren Reichtum nicht hergeben wollten und gegen Minderheiten, die die schöne Homogenität der Nation durch Sonderbewusstsein zu stören schienen. Und natürlich gegen den „Brückenkopf des Imperialismus“, Israel, dessen jüdische Bewohner man in den letzten 40 Jahren durch hartnäckige Propaganda zum Symbol westlicher Gier machte. Mit dem Wegfall des Ostblocks haben sich auch Bewegungen, die vorher vom Islam explizit nichts gehalten haben (PKK, PLO, usw.) auf den Islam als revolutionäre Kraft besonnen.

11. Der Islamismus, der bis weit in die 1970er Jahre eine ziemlich geringe Rolle spielte, ist heute eine von der Türkei bis zum Sudan, von Marokko bis Indonesien weit verbreitete Ideologie, allerdings ohne, dass sich die Beteiligten wirklich einig wären, wer zur Umma gehört, wie sie aussehen soll, ob Sunniten oder Schiiten den Ton angeben sollen, welche Koranschule und ihre Auslegung der Scharia richtig ist und ob es um den ganzen Islam oder vor allem um die Einheit aller Araber gehen soll usw. Er ist eine Form der nationalistischen Globalisierungskritik, die den Nationalstaat als untauglich zur Verwirklichung der panarabischen und panislamischen Ziele verwirft. Wie fast alle „Pan“-Bewegungen nimmt er vom unzufriedenen Nationalismus seinen Ausgang und sieht die Rettung des Vaterlandes nur noch darin, dass er gerade dieses transzendiert und an seine Stelle eine höhere und machtvollere Einheit setzt. Freilich ohne deswegen darauf zu verzichten, die eigene Nation in die Finger zu bekommen, ihre Politik auf das neue Ziel auszurichten und der jeweiligen nationalen Gesellschaft ein moralisches Erneuerungsprogramm zu verordnen.

12. Unzufriedenen Nationalismus findet man in arabischen (und auch anderen islamischen) Ländern genug. Seit den 1980er Jahren schlagen sich fast aller dieser Staatsführungen damit herum, ihre jeweilige „gemischte Wirtschaft“ mit staatlicher Abschottung und gewissen Garantien für das Überleben der Bevölkerung den IWF-Forderungen anzupassen, um weiterhin kreditwürdig zu bleiben. Mit dem Wegfall des Ostblocks ist für alle Länder der Weltmarkt und die

Konkurrenzfähigkeit der eigenen Produktion der Maßstab der Politik geworden. Die „Strukturanpassungsprogramme“ bedeuten neue Härten für die ja sowieso nicht gerade mit Reichtum gesegneten Massen in Sachen Lebensmittel (Brotsubvention), Gesundheitssystem, Bildung usw. Nicht nur, weil z.B. die Muslimbrüderschaft versteckt und auch ganz offen Ersatznetzwerke (Schulen, islamische Krankenhäuser, Suppenküchen für die Armen) aufbauen, sondern weil die islamistische Erklärung für die neuen Umstände wie auch die Vorschläge, das Problem zu lösen, so kompatibel mit dem bisherigen Untertanenbewusstsein und der offiziellen Propaganda der jeweiligen Regimes sind, ist der Islamismus am Wachsen; dass er von Marokko bis Malaysia den Antisemitismus im Gepäck hat, hat mit israelischer Politik nichts, mit nationalistischem Antikapitalismus sehr viel zu tun: Gegen Gier, Bereicherung und Materialismus werden die antimaterialistischen Tugenden der Religion gesetzt und für eine Ökonomie nach islamischen Prinzipien mit gerechter Verteilung und Zinsverbot geworben. Auch diejenigen, die Islamismus angeblich bekämpfen (Ägypten, Türkei, ehemalige Republiken der Sowjetunion mit islamischen Bevölkerungsmehrheiten), betreiben eine Durchsetzung islamischer Moralnormen in der Gesellschaft und bereiten damit dem Islamismus den Boden.

13. Der neue Islamismus ist damit Konsequenz, Erbe und Konkurrent des arabischen Nationalismus. Der islamische Fundamentalismus ist eine Frucht der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen dieser Politik und gleichzeitig Erbe der nationalistischen Kapitalismuskritik, die die arabischen Sozialisten unter die Leute gebracht haben – und er bekämpft die übrig gebliebenen Nationalisten und arabischen Sozialisten als Gottlose und Kollaborateure des Westens. Gerade in Bezug auf Frauen – von den arabischen Sozialisten als Modernisierungsreserve emanzipiert – polieren die modernen Islamisten ein Ideal moralischer Erneuerung auf: Hier geht es vor allem um Sittlichkeit und Sexualität einerseits. Wie das genaue Zusammenspiel sich darstellt zwischen der Vorstellung Allah sei nicht auf der eigenen Seite aufgrund mangelnder Moral, der Vorstellung, dass Sexualität die männlicher Kampfkraft für den Dihad schwächt, und der Befürchtung eine erfüllte Sexualität und Liebe, die ihrer Politik in die Quere kommen kann, würde generell eine Abwendung vom Dihad bewirken, müsste man noch genauer untersuchen. Wie bei jedem religiösen Fundamentalismus, der der Erneuerung der Nation dienen will, sind die Übergänge zum Faschismus fließend. Mit dem Koran hat das nichts, mit dem enttäuschten Idealismus arabischer und nicht-arabischer Nationalisten alles zu tun.

- i Für alle die's nicht wissen: Islamisch ist keineswegs gleichbedeutend mit arabisch. Türkisch ist eine ganz andere Sprache, Iranisch ebenso; und in Bangladesh und Indonesien redet man noch ganz anders. Dass man diese Sprachen teilweise in arabischer Schrift schrieb/ schreibt, ändert daran nix.
- ii Einfach mal bezogen darauf, was die Leute im Alltag so schnacken.

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

Die Gruppen gegen Kapital und Nation bieten zurzeit

Diskussionsveranstaltungen in diesen Städten an:

Berlin, Bremen, Graz, Hamburg, Hannover, London, Nürnberg

Es gibt **Veranstaltungen und Texte** zu den Themen:

Biologismus

EU und europäischer Nationalismus

Faschismus

Gesundheits- und Drogenpolitik

Internet

Kapital und Lohnarbeit

Krieg und Frieden

Kritik der Linken

Nation und Nationalismus

Rassismus und Antisemitismus

Realsozialismus

Religion

Sexismus

Staatstheorie

Schule und Bildung

Folgende **Broschüren** gibt es von uns:

- Das staatliche Strafen
- Finanzkrise 2008 ff.
- Gentrification
- Nationalismus und Imperialismus: Zum Beispiel Nordafrika
- Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum
- Texte gegen den Wissenschaftsbetrieb
- Texte zum Realsozialismus und Maoismus
- Wikileaks Bitcoin Copyleft
- Will das Kapital die Löhne immer nur senken?
- Die Misere hat System: Kapitalismus (Buch, 216 Seiten)

<http://gegner.in>

info@gegen-kapital-und-nation.org

We provide some of our texts in English: <http://antination.org/en>

